

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.

Kreis Merseburg

mit „Auffriertem“

„Sonntagsblatt“

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 292.

Freitag, den 14. Dezember 1917.

157. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen.

Seite 4 betr.

1. Herstellung photographischer und photographischer Vertriebsfertigungen u. v.

Tageschronik

Deutsche Torpedoboote an der LyneMündung.
Die Waffenstillstandsverhandlungen im Osten schreiten fort.
Asquith neuer Premier.
Englands Kriegskosten täglich 140 Millionen Mark.
Die Kriegslostinne des Bielebergs im letzten Jahre 200 Milliarden Mark.
Sorrails Abberung wird erwogen.
Wieder 35 000 T. um England versetzt.
Ein englisches Marineflugzeug vernichtet.

Die Vereinfachung der Verwaltung.

Unter Berücksichtigung der prinzipiellen Bedenken, die bei der ersten Lesung des Gesetzes über die Vereinfachung der Verwaltung geäußert worden waren, hat der Minister des Innern von dem ursprünglichen Plane, Einschränkung der Geschäftsanteile auf Grund einer der Staatsregierung zu erteilen den Landvollmacht, Abstand genommen und Vorschläge für ein Kriegsgesetz zur Vereinfachung der Verwaltung vorgelegt. Diese Vorschläge waren Gegenstand der Verhandlungen der 21. Kommission des Abgeordnetenhauses. Die Beschlüsse der Kommission sind in einem Gesetzentwurf niedergelegt, der zunächst des Gesamthaus zu beschäftigen haben wird. Das Gesetz soll mit dem Ablauf von zwei Jahren nach dem Zeitpunkte, mit welchem gemäß der kaiserlichen Verordnung der Kriegszustand als beendet anzusehen ist, wieder außer Kraft treten.

Die Vorschläge und die Beschlüsse gelten der Erparnis von Beamten, der Einschränkung von Geschäften und der Vereinfachung des Geschäftsganges. In der Bestimmung über die Zusammenlegung der Bezirksämter wurde die Beschränkung der Zahl der Ämter auf ein zum Richteramt des höchsten Mitglied angehören muß. Gegenwärtig ist der Erlaß eines Beschlusses vielfach an einschneidende Vorarbeiten geknüpft. In Zukunft soll der Erlaß eines solchen Beschlusses namens des Kreisausschusses und namens des Bezirksausschusses auch dem Vorstehen zuzulassen. Entsprechend dem Vorschlag der Staatsregierung wurde bei Gehörten, insbesondere bei Abgaben, für Beiträge unter 20 Mk. die Benutzung, für Beiträge unter 100 Mk. die Revision ausgeschlossen. (Nach dem neuen § 82 Abs. 2 und § 83 Abs. 2 handelt es sich dabei um Streitigkeiten für Geldleistungen, die für Zwecke der Gemeinden und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften oder Verbände angefordert werden.)

Dem Vorschlag des Ministers des Innern, die Beschäftigungsfähigkeit der Stadtverordnetenvereine u. v. herabzusetzen, wurde durch Aufnahme des Satzes hinter § 42 Satz 1 der Städteordnung von 1853 entschieden: Durch Gemeindebeschlüsse kann bestimmt werden, daß die Stadtverordnetenversammlung auch beschlußfähig ist, wenn mehr als ein Drittel der Mitglieder zugegen ist. Die Stadtverordnetenversammlung soll stets beschlußfähig sein, wenn die Stadtverordneten, zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammenberufen, dennoch nicht in genügender Zahl erschienen sind. Eine Verringerung der Geschäftsanteile bei der Veräußerung von Grundstücken wird dadurch bewirkt, daß in den Fällen des § 50 Ziffer 1 bis 4 die Genehmigung der Regierung. Die Gemeindevertretungen und der Kreisrat sollen gleichfalls auf Beschluß beschlußfähig sein, wenn mehr als ein Drittel der Mitglieder anwesend sind. Der Kreisrat soll bestehen aus dem Landrat und 6 Mitgliedern, welche von der Kreisversammlung aus der Zahl der Kreisangehörigen nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden. Die Kreisversammlung kann in gleicher Weise Vertreter wählen. Die landesherrliche Genehmigung und die Befähigung des Ministers des Innern zu Beschlüssen der Kreisräte, soweit sie deren bedürfen, sollen in Fortfall kommen.

In Abänderung des § 9 Abs. 3 letzter Satz des Kommunalabgabengesetzes wird bestimmt, daß, wenn gegen einen Beschluß der Gemeinde wegen Erhebung von Grund- und Gewerbesteuer Einwendungen erhoben werden, darüber die zur Genehmigung von Gemeindebeschlüssen nach dem Kommunal-

nalabgabengesetz zuständige Behörde entscheidet. Die bisher auf 100 v. H. der Staatseinkommensteuer bemessene freie Grenze der Gemeindefürsorge neu einzurufen wird entsprechend dem Vorschlag der Staatsregierung auf 150 v. H. heraufgesetzt; desgleichen bei der Vergütung der bisher außerordentlich weichen Vorarbeiten, wonach neue direkte oder indirekte Gemeindefürsorge der Zustimmung des Ministers des Innern und der Finanzen bedürfen, auf Vier- und Hundsteuer keine Anwendung findet.

Um der Arbeitsverwendung ein Ende zu machen, daß bei Disziplinarstrafen sämtliche Regierungsbeamte unter Umständen 60-80 Beamte das Disziplinargericht bilden, wird in § 24 des Gesetzes betr. die Dienstverträge der nicht-richterlichen Beamten von 1852 bestimmt, daß das Disziplinargericht aus 7 Mitgliedern (dem Präsidenten als Vorsitzenden, dem Verwaltungsrat und 5 weiteren Mitgliedern) besteht.

Zur Abklärung des bisher außerordentlich weichen Rechts mittelweges in den Fällen, wenn wegen Veräußerung der Deklaration Zuschläge zur Staatseinkommensteuer festgesetzt werden, wird in § 31 Abs. 3 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes von 1891-06 bestimmt, daß gegen die Entscheidung des Vorsitzenden der Veranlagungskommission binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen die Beschwerde an die Regierung zulässig ist. Die Regierung entscheidet endgültig. Die gleichen Vorschriften gelten gegen Entscheidungen des Vorsitzenden der Veranlagungskommission über Anträge auf Steuerermäßigung.

Die 21. Kommission hat eine Reihe weiterer Artikel hinzugefügt, welche u. a. betreffen: Anfallsunterbringung und Schulpflicht blinder und taubstummer Kinder (am Gesetz vom 7. August 1911), Beschäftigungsfähigkeit der Vorstandsmitglieder städtischer Kirchengemeinden (zum Gesetz vom 20. Juni 1875), Neuordnung der Verteilung der Ergänzungszuschüsse nach § 23 des Gesetzes betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen.

Vom Kriege und Frieden.

Fortschritt der Verhandlungen im Osten.

Berlin, 12. Dezember. In den Abendstunden war in Berlin das Gerücht verbreitet, die Verhandlungen mit Rußland wären abgebrochen worden, weil die Russen die Evakuierung Polens, Litauens und Ostlands verlangt hätten. Die russischen Unterhändler wären darauf zur Einholung neuer Anweisungen aus Petersburg geseilt.

Wie verschiedene Blätter feststellen, handelt es sich um eine Erfindung, der nicht das geringste Positive zugrunde liegt. Die Verhandlungen gehen vielmehr ruhig weiter.

Gegen Kaledinien.

Nach einer Neuterklärung aus London teilt die maximalistische Zeitung „Pravda“ mit, daß der erste Zusammenstoß zwischen den maximalistischen Truppen und einem Trupp des Generals Kornilow, der zwischen drei und viertausend Mann zählte, auf der Station Ljamarowka, 28 Meilen von Bielegorod, stattfand. Die maximalistische Kommission der Schwarzsee-Flotte hätten telegraphisch mitgeteilt, daß eine Abteilung Marinetruppen gegen Kaledin ausgesandt wurde, der davor warnte, daß die Schwarzsee-Flotte sich in die Angelegenheit der Kofakengebiete einmische.

London, 12. Dezember. (Neuter.) „Daily Chron.“ meldet aus Petersburg, daß nach Vorhören der Ehrenhaftigkeit die Sturmabteilungen Kaledin bei Bielegorod aufzulösen werden seien. Anfallsunterbringungen von General Kaledin seien unterwegs.

Kotterdam, 12. Dezember. „Dutch Tel.“ meldet vom Montag aus Petersburg: Auf den Südküsten nach dem Don-Gebiet herrsche große Erregung. Sechs Züge mit zusammen 50 Waggons, die mit Soldaten gefüllt waren, verließen Mowilew, als die Bolschewiki das Hauptquartier nahmen, und kamen in Bielegorod nördlich von Charlow an. Ihre Ankunft beunruhigte den militär-revolutionären Ausschuss in Charlow. Bolschewiki-Kommissionen wurden entsandt, um mit den Truppen zu verhandeln. Beschlüsse wurden erteilt, die Gegend aufzubereiten. Die Truppen erklärten, daß sie aus dem Hauptquartier nach dem Kofakengebiet ziehen und daß Kornilow sich nicht unter ihnen befinden könne. Die Beschlüsse, die Gegend aufzubereiten, wurden dann widerrufen, und die Truppen zogen nach Kasintan, nordwestlich von Bielegorod. Der militär-revolutionäre Ausschuss in Charlow ist noch ungewissen über den Charakter und die Bestimmungen der Truppen. Er befahl, ihnen keine Lokomotiven zur Verfügung zu stellen. Die Truppen nahmen darauf eine drohende Haltung ein. Sie erbeuteten Lokomotiven und führten weiter. Inzwischen wird die Lage in Bielegorod immer

unruhiger. Man hört, daß weitere Truppen im Anzuge sind, darunter Kavallerie, Pioniere und Infanterie, im ganzen rund 9000 Mann. Der Chef des Ausschusses in Bielegorod traf Vorbereitungen zur Verteidigung der Stadt. Zwei Panzerautos führen nach Bielegorod ab. Die einzige Truppe, die in der Stadt in Garnison lag, waren Soldaten der polnischen Legion, die sich anfangs für neutral erklärt hatten, später aber bereit waren, zu kämpfen, wenn man ihnen Waffen aus Charlow schickte. Acht Kanonen und Infanterie wurden dann in die Gegendlinie geschickt. Der erste Zusammenstoß fand in Ljamarowka zwischen den Maximalkisten und 3000 Mann von Kornilows Truppen statt. Offiziere, die aus Bielegorod geflohen waren, trafen in Nowow ein und erzählten, daß Kornilow, nachdem die anderen Generale in alle Richtungen das Weite gehen hatten, mit seinen Truppen einen Fortschritt — Kaledin traf Vorbereitungen für die Verteidigung des Don-Gebietes. Die Maximalkisten des alten Kofakengebietes begannen. Die Infanterie, die in Nowow in Garnison lag, ist auseinandergegangen und hat 12 000 Gewehre und Munition den Kofaken übergeben. Der Bolschewiki-Ausschuss in Nowow am Don befahl der Roten Garde, Widerstand zu leisten. Soldaten mit aufgeschlagenen Bajonetten durchführten in Autos die Stadt, machten sich aber schnell aus dem Staube, sobald sie der Kofaken anständig wurden. Mehrere Torpedoböller und Fischdampfer der Schwarzsee-Flotte führen in das Bosphorus Meer und weiter in der Richtung von Ljargonow und Koflow. Sie verhandeln mit den Kofaken. Kaledin erließ eine demgegenüber gerichtete Verfügung gegen die Einmischung der Schwarzsee-Flotte in die Autonomie der Kofakengebiete.

„Angeliche“ Gefahren“ für die Bolschewiki.

„Times“ meldet aus Petersburg: Die Lage in Moskau ist ernst. Man fürchtet einen Aufstand der Bolschewiki feindlich gegenüberstehenden Parteien. Die Bolschewiki haben Schusswaffen an einen vertriebenen Straßen der Stadt aufgestellt. Man glaubt annehmen zu können, daß feindliche Streitkräfte im südlichen und östlichen Rußland zusammengezogen werden. Dieses Gerücht ruft in Petersburg erste Besorgnisse hervor.

Diese englische Meldung übertrifft offenbar Bekanntes. Ob Kaledin, um den sich der Widerstand gegen die Maximalkisten kristallisiert, etwas ausrichten kann, wird sich bald entscheiden müssen.

Sankt Petersburg, 11. Dezember. Die B. L. A. meldet: „Den“, eine loszugesagte und loszugesagte Zeitung, veröffentlicht eine Unterredung seines nach dem Don entlassenen Vertreters mit Bogawestki, der rechten Hand Kaledins. Dieser habe wörtlich gesagt: „Die Lage ist derartig, daß wir Gefahr laufen, von dem „Bolschewismus“ überflutet zu werden. Weil uns am Don hoffen wir durchzukommen, aber wir dürfen kein weiteres Wagnis unternehmen.“

Die Tagung der Nationalversammlung. Sankt Petersburg, 12. Dezember. „Morning Post“ meldet aus Petersburg vom Montag: Eine große Anzahl der gewählten Volksvertreter ist in Petersburg eingetroffen. Der „Pravda“ zufolge wird die Tagung der Nationalversammlung, die am 24. Dezember beginnen soll, nur von kurzer Dauer sein. Nach Erledigung der „Waffenstillstands-“ und „Friedensfragen“ wird die Nationalversammlung bis zur durchgeführten Demobilisierung des Heeres vertagt werden, um erst dann die Regierungsform und die Staatsgrundzüge zu beschließen.

Sankt Petersburg, 12. Dezember. „Times“ meldet aus Petersburg: Die Tagung der verfassunggebenden Versammlung wird mit großer Spannung entgegensehen. Ein Teil der Bevölkerung von Petersburg, der sich vor Unruhen fürchtet, sieht die Hauptarbeit verlassen. Kerensti, bester Außenhelfer streng geheim gehalten wird, wurde von der sowjetischen Armee zum Abgeordneten in der Verfassunggebenden Versammlung gewählt. Auch der frühere Justizminister wurde gewählt, und zwar durch die Regierung der neuen Sibirischen Republik.

Petersburg, 11. Dezember. (B. L. A.) Gemäß den von den Kommissaren angelegenen Anordnungen wird die Eröffnung der verfassunggebenden Versammlung stattfinden, wenn 400 Mitglieder verfahren sein werden. Die Arbeiterpresse beschäftigt sich eifrig mit der Versammlung. Falls die Mehrheit der verfassunggebenden Versammlung nicht entscheiden für die Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte sein sollte, wird einerseits die Ausschließung der Arbeiter vorgeschlagen, die als offene Gegenrevolutionäre sich nicht mit Organisationsfragen befassen sollten. Andererseits werden überall dort Neuwahlen vorgeschlagen, wo ein mißbräuchliches

Einjuhder Rabetten auf die Wahlkommissionen sta-
gefunden hat. Jedenfalls werden die Wahlen eine ver-
fassunggebende Versammlung unterziehen, deren Mitglieder
sind. Frieden und Freiheit möglichste.
Die Wahlkommissionen werden die ihnen von dem Kongress der
Arbeiter und Soldatenratete anerkannte Gewalt nur in die Hände
einer Versammlung legen, die sich an den Willen des Vol-
kes wenden würde. Eine Ausdehnung mit der Lösung
des Gewalt der versassunggebende Versammlung, die von
den Rabetten, den Menschheit und den revolutionären Sozia-
listen veranlasst sei, andere in seiner Weise die Lage. Die
Ganze Gewalt bleibe in den Händen der Arbeiter,
Soldaten und Bauern und derjenigen, die ihre Interessen
verteidigen.

Der Bauernkongress in Petersburg.

Petersburg, 11. Dezember. (P. L. M.) Der zweite
Kongress der Bauern-Abgeordneten ist eröff-
net worden. Zur Vorsitzenden wurde Marie Spirino-
nowa mit 260 gegen 230 Stimmen, die auf 17 Per-
sonen sich geschiedt. Frau Spiridonowa erklärte, daß in der
Geschichte der Arbeiter die Macht zum ersten Male in den Hän-
den der Arbeiter-massigen liegt und daß die Arbeiter- und
Soldatenratete sich nicht entziehen lassen würden.
Die revolutionären Sozialisten der Linken und die Volkswirt-
schaftlichen alle die Interessen der Massen seit neun Monaten.
Frau Spiridonowa schloß ihre Rede mit den Worten: Wir be-
dauern einen Beschluß, daß die Souveränität der Arbeiter-
und Soldatenratete mit der Souveränität des Volkes gleich-
bedeutend sein soll. Der Kongress spendete Befehl.

Die Befreiung der Gegendevolution.

Petersburg, 11. Dezember. (P. L. M.) In ganz Ruß-
land werden revolutionäre Gerichtshöfe eingesetzt zur
Bekämpfung der Gegendevolution, der Sabotage von
Beamten, der Währungsänderung, Spekulationen und der
Wardroben. Die Mitglieder der revolutionären Gerichtshöfe
werden von den britischen Arbeiter- und Soldaten-
rateten gewählt. Sie sind frei in der Wahl der Mittel zur
Befreiung der Arbeiter der revolutionären Gebote. Die
Verurteilung werden Gefängnis, öffentliche Arbeit, Entziehung
des öffentlichen Rechts, Zwangsarbeit und Freiheitsstrafen.
Jeder ehrenhafte Bürger besitzt das Recht auf einen Verteidiger
und auf einen öffentlichen Ankläger.

Der Jar ermorbet?

Nach einem Londoner Haasbericht meidet die „Times“:
Aus der russischen Botschaft in Washington ver-
mehrt gerüchelt, Nikolai II. sei von seinen Wächtern
getötet worden.

Solche Gerüchte, die meist in London oder Washington
entstehen, tauchen empore wie die Qualen bei Sonnenhitze.
Auch dieses abenteuerliche Gerücht dürfte sich kaum befestigen.
Wir vernehmen es nur, weil eben im heutigen Rußland alles
möglich ist.

Japanische Truppen in Wladiwostok befestigt.

London, 12. Dezember. (Reuter.) „Times“ meldet aus
Washington: Die Nachrichten aus Tokio, daß in Wlad-
wostok japanische Truppen angekommen sind, werden
von der japanischen Botschaft bestätigt. Es wird erklärt, daß
die Japaner technische Truppen nach Wladiwostok geschickt haben,
um den Hafen als Endpunkt deribirischen Eisenbahn zu be-
festigen.

Sezabehaltung der russischen Staatsbürgerschaft.

Kopenhagen, 12. Dezember. (Berl. Ad.) meldet aus
Stockholm: Der neue Senat der Sozialdemokratischen
Stadtdemokratie in Kopenhagen hat sich entschieden über
gezeigt, daß die versassunggebende Versammlung die Regierung
der Volkswirtschaft sehr unterliegen und sich für die Unabhän-
gigkeit Finnlands und Polens aussprechen werde. Er
betonte es als selbstverständlich, daß die Befestigung
auf den Alandsinseln beseitigt und daß es
der Bevölkerung Finnlands und der Alandsinseln überlassen
werde, selbst über das zukünftige Schicksal der Inselgruppen
zu bestimmen.

Die neue Zattil des Verbandes.

Kopenhagen, 12. Dezember. Unter dieser Ueberschrift wird
der „Adn. Jg.“ aus Stockholm unterm 11. Dezember ver-
öffentlicht: Schon als der amerikanische General Johnson Trozki
erklärte, die Politik der Forderungen und Proteste sei
fest worden, haben die Verbündeten wohl eingesehen,
daß sie mit dieser Politik das Gegenteil von dem erreichen
würden, was sie beabsichtigen, nämlich Rußland zu verhindern,
seinen eigenen Interessen nachzugehen und den Weg zum
Frieden zu beschreiten. Das Ergebnis dieser Einsicht ist eine
neue Zattil, die eine doppelte Richtung verfolgt. Einmal
wird der Hebel jetzt bei den Grenzpolitikern angelegt. Dies
geht von England aus und hat zunächst zum Ziel die Ukraine,
das stärkste russische Frontvolk, gegen Rußland mobil
zu machen, und nachdem die Ukrainer mit den Sozialisten
verbunden sind, die Volkswirtschaft zu kürzen und auf
diese Weise Rußland für die Fortsetzung des Krieges zu ge-
winnen. Später werden natürlich die Ukrainer ebenso zum
alten Eisen geworfen werden wie jetzt die Großrussen. Gleich-
zeitig damit verläßt man in Petersburg die einzigen Straße haupt-
sächlich unter den Sozialisten zu gewinnen, die den
Volkswirtschaft feindlich gesinnt sind, indem man ihnen vor-
spielt, daß auch die Verbündeten unter Umständen
für den Frieden zu haben sind. Auf diese Weise soll eben-
falls der Weg für einen Sturz der Volkswirtschaft und damit für
eine Festsitzung der russischen Friedensver-
handlungen freigelegt werden. Sobald man den schließ-
lich gescheiterten Sturz der Volkswirtschaft erreicht hat, den
man natürlich nicht daran, auch auf einen Finger
für den Frieden zu rühren.

Aus dem Westen

Zu Asquiths neuester Rede in Birmingham.

London, 12. Dezember. (Reuter.) „Daily News“
nennen Asquiths Rede die offenherzigste und bestbe-
legte Erklärung über die Kriegsgesetze, die seit Be-
ginn des Krieges von einem englischen Staatsabgeordneten
der einzige Punkt, in dem Asquith und Wilson von
Lansdowne abwichen, ist die Art der Garantien. Lansdowne
scheint an ein Abkommen nach Art der alten Diplo-
matie zu denken, während Asquith und Wilson auf dem
Standpunkt stehen, daß der Weltfriede auf der Befestigung
der Weltdemokratie beruhen müsse. Das britische
Volk verlange nicht nach einem Sieg mit Gebietsgewinn,
sondern nach einer Beilegung des Krieges selbst.

Das wird also jetzt nach Wilsonschem Vorgang zum Schlag-
wort erhoben.

Zu der Asquiths Rede werden folgende nachdrücklichen
Bemerkungen veröffentlicht, die zugleich den wesentlichen In-
halt derselben zurecht fassen:

„Asquith hat sich bemüht, eine im Vergleich zu
seinen früheren Reden maßvollere Tonart anzunehmen.
Dazu hat er auch gerade jetzt, wo ein Jahr seit dem deut-
schen Friedensangebot verstrichen ist, allen Anlaß. Wir
sehen darin die willkommene Anerkennung unserer militäri-
schen und politischen Lage. Für die Pläne der Entente,
die auf Deutschlands Niederwerfung abzielen, ist
das vergangene Jahr eine Zeit schwerer Entwür-
fungen gewesen. Für dieses Jahr hatten die englischen
Staatsmänner in zahllosen Rundgeburgen den endgiltigen
Niederbruch Deutschlands prophezeit. Jetzt müßten
sie erkennen, daß Deutschland so fest und sicher dastehet
wie je zuvor in diesen Kriegsjahren. Herr Asquith nimmt
aber an ein kurzes Gedächtnis der Welt. Niemals
soll die Demütigung und Vernichtung Deutschlands als Kriegs-
ziel der Entente gefordert werden sein. Damit leugnet
er einfach zahllose Rundgeburgen seiner Kollegen in der
englischen und französischen Regierung, verneinet er die
in den geheimen Abmachungen niedergelagerten Ab-
sichten gegen Deutschland, deren gänzlicher Zusammen-
bruch heute ja vor aller Augen liegt. Aber Herr Asquith
hält immer noch an seinen „Guthill terms“ fest. Die
„militärische Herrschaft“ Preussens soll ganz und end-
giltig vernichtet werden. Mag Asquith sich mit Auslegung
dieser seiner Worte abgeben, wie er will, wir lesen daraus
nichts anderes, als sein Ziel der militärischen Niederwerfung
Deutschlands. Meint er noch immer, dies Ziel erreichen zu
können, so sind wir dem Frieden nicht näher. Weil er den
Waffenkrieg über Deutschland, so lange er weiter
verföhrt, ihn zu holen. Er findet Deutschland auch
weiter zum Kampf entschlossen. Asquith will aber heute nichts
mehr von einem Eingriff in die innere Verfassung
und Einrichtung des künftigen Deutschlands wissen. Und
damit setzt er sich in Gegenjaß zu den zahllosen von Eng-
land und Amerika ausgegangenen Versuchen, uns vorzutrichen,
nach welchen Grundbitten wir unsere inneren Verhältnisse
zu regeln hätten. Wenn er aus der entworfenen deutschen Ab-
sichtung dieser Spekulation auf innere deutsche Schwächen
seiner Lehre gezogen haben sollte, so nehmen wir das zur
Kenntnis. Daß sich die englischen und amerikanischen
Staatsmänner in ihrer Unkenntnis unseres Volkes bei diesen
Versuchen völlig vergriffen haben, ist unbestreitbar; daß sie
diese Versuche unternommen haben, steht historisch
fest. Es ist erstaunlich, daß Asquith es abzuweichen wagt.
Asquith spricht davon, daß bei uns die Gewalt als oberste
Macht auf den Thron gesetzt worden sei. Wir erinnern an die
lange Liste der Tyrannen, die sich England hat zu Schulden
kommen lassen. Wir nennen nur die Namen: Cromwell und
Griech-narr. Sie genügt uns die Geschichte vieler
Asquithsches Wahre in dem Maß zu sein. Asquith spricht
auch von Bruch seiner Verträge und theut nicht
die Erinnerung an Italien und Rumänien, die durch
England und seine Verbündeten zum schrecklichsten Bruch
seiner Verträge verleitet worden sind. Er spricht von
gebrochenen Verpflichtungen, und vergißt jene unabhörbare
Rette von Völkern, die durch die englische
Kriegsführung vom ersten Tage an bezeichnet
haben.

So sieht sich Asquith auf Schritt und Tritt in Wider-
spruch mit der Wahrheit und mit der Gerechtigkeit. Er spricht
nichts anderes als die offizielle Friedenspolitik eines Friedens-
wie die Welt ihm braucht und wie Deutschland ihn
erfordert.

Mit dieser prompten und fröhlichen Erwiderung können
wir wohl zufrieden sein. Nur die Art, wie sie loszugehen anzu-
erlaubt wird, nimmt ihr leider den besten Teil ihrer Wirkung.

Die englische Presse über Asquiths Rede.

Notterdam, 12. Dezember. „N. Rot. Cour.“ meldet aus
London: Die Wälder, die seinerzeit Lansdownes
Brief verurteilten, sind mit der Rede Asquiths ebenfalls
einanderfanden wie die Wälder, die Lansdownes Brief zustimmten.
Die ersten legen Nachdruck auf die Stellen, in denen
Asquith von dem freiwilligen Einschluß der Militären
spricht, den Deutschen zu beweisen, daß der Militarismus sich
nicht lohne um. Daneben spotten sie über Asquiths Be-
stärkung, daß er den Vorkämpfern Lansdownes zu-
stimme und über die Geschicklichkeit, mit der er den Brief als
ein ganz unabhängiges Dokument hinstellt. „Morning Post“
schreibt, Asquith habe die zwischen ihm und Lansdowne be-
stehende Meinungsverchiedenheit nur dadurch überbrücken können,
daß er sich wie gewöhnlich unbestimmt und undeutlich aus-
gedrückt habe. Trotzdem habe Asquith seine pazifistische
Ansicht in Form der entworfenen Daily News-Rede über
Asquith will seinem Willkürherrschaft nach diesem
Krieges. Einmal die Beschäftigung der Wirtschaftsjen-
renz in Paris, als auch der Plan eines mitteleuropäi-
sche Wlods müssen verschwinden. Das Volk hofft,
daß die führenden Staatsmänner der Militären diesen Vorkämpf
von Asquith und Wilson bald befestigen werden.

Eine englische Bestätigung der deutschen Friedensforderung vom September!

„Reuter“ meldet aus London: Im Unterhause fragte
ein Abgeordneter, ob die britische Regierung von den
Mittelmächtigen Friedensanträge erhalten habe und ob
die Regierung darüber eine Erklärung abgeben könne.
Walsour antwortete:

Da die Vorkommnisse in Petersburg es gut
bestehen haben, einen vertraulichen Bericht
des russischen Geschäftsträgers in London bekanntzugeben,
seht nichts mehr im Wege, zuzugeben, daß die Regierung seiner
britischen Majestät im September 1917 von Deutsch-
land durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine
Mitteilung erhielt, daß es der deutschen Regierung ein
Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung
eine Mitteilung über den Frieden zu machen. Die
britische Regierung antwortete darauf, daß sie bereit sei, jede
Mitteilung in Empfang zu nehmen, die ihr die deutsche
Regierung in Form eines Briefes oder durch einen
Mitteiler übermitteln zu werde. Die britische Re-
gierung verständig die Regierungen Frankreichs, Italiens,
Japans, Australiens und der Vereinigten Staaten von dem
deutschen Antrag und von ihrer Antwort darauf. Hier
erhielten wir keine Antwort und haben seitdem auch keine
sonstigen Mitteilungen in dieser Angelegenheit erhalten.

Diese englische Erklärung bedarf dringend der Bestäti-
gung oder besser wohl der Berichtigung von deutscher Seite.
Daher der Vorgang sich in der geschichtlichen Weise abgespielt haben
könnte, scheint uns denn doch ganz unmöglich. Deshalb glauben

wir uns auch einstweilen sonst naheliegender Betrachtungen ent-
halten zu sollen.

Gegen die englische Seerüstung.

Notterdam, 12. Dezember. Nach „N. Rot. Cour.“ verlangt
„Times“ eine eingehende Untersuchung über die Ur-
sachen der englischen Niederlage an der Westfront.
Dieser Welt fordert, daß alle Truppenführer, die große
Fehler begangen, entlassen werden müssen und sagt, es sei
eine Schwäche Sigs, Verloren zu bezwingen, die am läng-
sten unter ihm gebiet hätten.

Englische Kriegskosten täglich 140 Millionen Mark.

London, 12. Dezember. Im Unterhause erklärte Bo-
war Law bei der Behandlung einer Kreditvorlage von
550 Millionen Pfund Sterling, daß man bei der Einbringung
des letzten Antrags in Höhe von 400 Millionen am 31. Oktober
angenommen habe, diese Summe würde die Ausgaben bis zum
1. Januar decken. Die Summe habe sich demnach be-
deutend erhöht. Die neue Kreditvorlage, die für das Finanzjahr
bestimmt wurde, auf 250 Millionen. Die durchschnittliche
tägliche Ausgabe betrage für die 63. Tage vor dem 1. De-
zember 6 794 000 Pfund Sterling, das übersteigere die
Schätzung im Budget um 1 383 000 Pfund Sterling täglich.

Wahen über den Waffenstillstand.

Schweizer Grenze, 12. Dezember. Der Schweizer „Prechtel“
mehlet aus Paris: Im Hauptausdruck der Kammer er-
staltete Minister Pichon einen langen Bericht über die russi-
schen Waffenstillstandverhandlungen und deren
Auswirkung auf Rumänien.

Schweizer Grenze, 12. Dezember. Der Schweizer „Prechtel“
mehlet aus Paris: In der französischen Presse tritt neuer-
dings die Erkenntnis von der Verschiebung der allge-
meinen militärischen und politischen Lage in häufig
in der Form sehr scharfer Kritik an der Führung der
Entente, gleichgültig in erster Reihenfolge, an den Widerstand
gegenüber möglicherweise nicht mehr ferren Bedingungen hat
Erklärung. „L'Heure“ schreibt: Die gegenwärtige Stunde
legt den trugselbigen Willkür eine schwere Prüfung auf.
Die ganze Offizier hört auf zu kämpfen, nachdem auch über
Rumänien infolge des russischen Waffenstillstandes die Rato-
strophe hereingebrochen ist. Der deutsch-österreichische Druck
macht sich, befreit von der Sorge um die Offizier, nun in seiner
ganzen Wucht an der italienischen, französischen und britischen
Front geltend. Niemals ist die militärische Lage der Entente
einfacher gewesen. Serres „Victoire“ wendet sich gegen jene
Aktionen in Frankreich, denen man sich nicht beizumessen
wähne bewegen und die durch ihre Maßnahmen und ihre „Netto-
sich, wer kann“ das Land demoralisieren.

Kriegsausgaben der Entente seit Dezember 1916.

Das Jahr, das der Zurückweisung des deutschen
Friedensangebotes am 12. Dezember 1916 folgte,
sommt der Entente teuer zu stehen. Abgesehen von
den Verlusten an Menschen, Material, Gerät und
Ländern erreichten die reinen Kriegsausgaben
den Höhepunkt in der ersten Hälfte des Jahres. In diesen
einigen Jahre aus: England 33 Milliarden Mark, Frankreich
35,3 Milliarden, Rußland 46,4 Milliarden, Italien 22 Milliar-
den, Amerika 53,1 Milliarden. Das ergibt die gesamte
Summe von 200 Milliarden Mark für ein einzelnes
Jahr. Demgegenüber stehen für Deutschland 26 Milliar-
den, Oesterreich-Ungarn 18,7 Milliarden, Türkei 0,66 Milliar-
den, Bulgarien 0,64 Milliarden, zusammen für die Mittel-
mächte 56 Milliarden. Die ungeheuren Zahlen der
Entente bedeuten eine bedenkliche Zunahme gegen die
früheren Kriegsjahre. So liehen die 33 englischen Milliarden
der letzten 12 Monate gegen nur 68 Milliarden der vorerwan-
nenen 28 Monate, während die 46 Milliarden der Mittel-
mächte nur eine letzte Erhöhung gegenüber der 95,2 Milliarden
der früheren Kriegsjahre darstellen. Das Verhältnis wird
sich in künftigen Kriegsjahren noch mehr zu Ungunsten der
Entente verschlechtern, und das Ergebnis wird un-
erheblicher sein, als zwar die Mittelmächte ihre Kriegskosten
ganz im eigenen Lande aufbringen, die Ententeblätter dagegen
aus Ausland außerordentlich verschuldet sind.

Gegen den deutschen Seeblockadeverbot.

London, 12. Dezember. (Reuter. Unterhaus.) Heute
abend wurde die Gesetzesvorlage über die nicht-
haltenen Metalle in zweiter Lesung behandelt. Mehrere
Abgeordnete beider Parteien opponierten. Rumancan
sprach die Ansicht aus, daß die Bill mit der von Wilson ver-
hängenen Wirtschaftspolitik unvereinbar sei. Bonar
Law antwortete, der deutsche Seeblockadeverbot sei ein
Handel mit diesen Metallen befestigt, statt die große Macht
auf der ganzen Welt, daß es für neue Verbände unmöglich
war, mit ihm innerhalb des britischen Reichs zu wettbewerben.
Wir verloren die Verfügung über die inneren Ressourcen des Gebiets
gegenüber 28 Monate, während die 46 Milliarden der Mittel-
mächte nur eine letzte Erhöhung gegenüber der 95,2 Milliarden
der früheren Kriegsjahre darstellen. Das Verhältnis wird
sich in künftigen Kriegsjahren noch mehr zu Ungunsten der
Entente verschlechtern, und das Ergebnis wird un-
erheblicher sein, als zwar die Mittelmächte ihre Kriegskosten
ganz im eigenen Lande aufbringen, die Ententeblätter dagegen
aus Ausland außerordentlich verschuldet sind.

England im letzten Erdteil.“
England, das in seinem jetzigen Krieges für die kleinen
Nationen an allen Ecken und Enden für sich zusammen-
rührt, steht auch vor der Gefahr, dem „Jahres Ende
zeit“, ein, was sich irgendwo wirtschaftlich bemerkbar und zu
Geld machen läßt. Mit diesen Gebieten beschäftigt sich in ihrer
jüngsten Sitzung die Berliner Gesellschaft für Erd-

Preussischer Landtag
Vom Abgeordnetenhaus.

Die Beamten und die Vaterlandsparlei.

Berlin, 12. Dezember. Nachdem das Abgeordnetenhaus in den letzten Tagen die Wahlrechtsvorlage... Die Beamten und die Vaterlandsparlei... Minister des Innern Dr. Drechs: In den Tagen, als ich den telegraphischen Bescheid erhalten ließ...

ren Verwaltung kommt insbesondere in Betracht, daß sie, auch in nachgeordneten Stellen, Entscheidungen über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts usw. zu treffen haben... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Abg. Ransow (F. Vp.): Mit den Ausführungen des Ministers können wir uns einverstanden erklären... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Abg. v. Henke-Rastbach (Konf.): Dem Beamten stehen sein Treue und seine Stellung festhaltenmäßig gewisse Grenzen... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Abg. Weyer-Neuhoff (Zentr.): Der Erlaß des Ministers hinsichtlich der unpolitischen Parteien... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Abg. Heiner (Sos.): Nach dem Erlaß sind die Beamten verpflichtet, die Regierungspolitik zu unterstützen... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Abg. Meier-Lenk (stf.): Mit dem Erlaß des Ministers können wir uns einverstanden erklären... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Die Feuerungsregeln für Staatsbeamte. Ein vom Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Ein fortschrittlicher Antrag verlangte die Erhöhung der laufenden Zurechnungen vom 1. Februar ab... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Politische Rundschau
Deutsches Reich

Die preussische Wahlreform geistert?

Berlin, 12. Dezember. Das Angsburger Zentrumorgan, die „Angsb. Post“, sieht eine Mehrheit für die preussische Wahlreform geistert... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Berlin, 12. Dezember. Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Direktors im Reichsamt des Innern Dr. Lewald zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Nus Stadt und Umgebung

Angszeichnung.

Der Oberheizer Otto Gardt, Sohn des Generalkommissionars, ist gestorben... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Der verlassene Hehdorf.

Nomou u aSa-Courths-Wahler.

(Nachdruck verboten.)

„Sie antworten mir nicht, mein gnädiges Fräulein? Soll damit mein Unbehagen zurückgewiesen werden?“ fragte er leise... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

meister seltsam. Da verwich Marianne nach einer Weile aus einer Gruppe eilig über neue Moden plaudernde Damen... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

Marianne ließ sich in einen Sessel nieder und ließ den Frieden dieses Raumes auf sich einwirken... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

„Wohl fürchtete er, daß sie sofort wieder ihr totes Spiel mit ihm beginnen würde... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

„Zu keinem angenehmen Erlaunen sah ihm Marianne mit einem stillen, ruhigen Blick entgegen... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

„Sie sind Sie auch sahnenschuldig geworden, Herr v. Hehdorf? Hier ist es so föhlich still und ruhig... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

„Ja, hier ist eine edle Frau zu Hause“, sagte er ernst... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

„Lassen Sie mich einige Minuten Gesellschaft. Ich muß etwas mit Ihnen besprechen.“... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

„Er legte sich mit einer Verbeugung in respektvoller Entfernung von ihr in einen Sessel... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

„Gnädige Frau, ich danke Ihnen für dieses Wort, und ich nehme Ihr gültiges Anerbieten nun zu gern an... Die Beamten und die Vaterlandsparlei...

(Fortsetzung folgt)

